

KOMMUNALE WÄRMEPLANUNG

Infos und Hilfen des BUND für die Lobbyarbeit vor Ort

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)
Landesverband Baden-Württemberg e. V.
Marienstraße 28
70178 Stuttgart
Fon: +49 711 620306-16
Fax: +49 711 620306-77
bund.bawue@bund.net
www.bund-bawue.de

Stand: August 2021

Einführung

Liebe*r Leser*in,

danke für Ihr Interesse an der kommunalen Wärmeplanung in Baden-Württemberg. Etwa ein Drittel unseres Primärenergieverbrauchs von ca. 390 Terawattstunden im Jahr 2019 fließt in die Wärmeerzeugung. Diese Wärme wird weiterhin hauptsächlich mit Kohle, Öl und Gas erzeugt und heizt die Klimakrise maßgeblich an. Damit ist die Wärmewende einer der wichtigsten Schlüssel, um den Treibhausgas-Ausstoß zu reduzieren. Und die Zeit dazu drängt: Laut Koalitionsvertrag soll das Land – und damit auch der Gebäudesektor – bis 2040 klimaneutral werden.

Die **Wärmewende ist ein besonders komplexer Bereich** der Energiewende, da die Infrastrukturen sehr lange Lebenszeiten haben (z.B. Erdwärme-Bohrungen und Wärmeleitungen), sie das Wohneigentum bzw. den Wohnraum von Millionen sehr verschiedener Menschen betrifft und Wärme nur mit großen Energieverlusten über größere Strecken transportiert werden kann. Daher muss die Wärme im Wesentlichen im Bereich der jeweiligen Kommune bzw. den Nachbarkommunen erzeugt werden.

Gleichzeitig kann **kein allgemeingültiges Konzept** für alle Kommunen im Land aufgestellt werden, da sich der Gebäudebestand, die Gebäudedichte, die vorhandene Infrastruktur und die erschließbaren Energiequellen extrem unterscheiden. So gibt es zum Beispiel Dörfer mit und Großstädte ohne Wärmenetze, Quartiere, die ausschließlich aus gut isolierten, weitestgehend autarken Häusern bestehen und solche aus denkmalgeschützten Bauten der Jahrhundertwende. In manchen Gegenden gibt es Gewässer, aus denen Wärme gewonnen werden kann (Stichwort: kalte Nahwärme), in anderen nutzbare Erdwärme (Tiefengeothermie) und wieder andere besitzen so viel Biomasseabfall, dass sie sich hierüber versorgen können.

Am Anfang einer geordneten Transformation der Wärmeversorgung steht die Wärmeplanung auf regionaler wie auch auf kommunaler Ebene. In Baden-Württemberg muss sie für die **103 großen Kreisstädte und Stadtkreise** laut Landes-Klimaschutzgesetz bis spätestens 2023 vorliegen; aber auch in den kleineren Städten und Gemeinden wird die Wärmewende nicht ohne eine Wärmeplanung möglich sein. Ein offizieller Leitfaden des Landes für das grundsätzliche Vorgehen findet sich unter dem Titel [Leitfaden Kommunale Wärmeplanung](#).

Eine gelungene Wärmewende bietet dabei nicht nur den Vorteil, dass effizienter Klimaschutz betrieben wurde und so enorme volkswirtschaftliche Kosten in der Zukunft eingespart werden, sie bringt auch direkte finanzielle Vorteile, da Wertschöpfung in der Region bleibt.

Die Zeit drängt. Nur, wenn jetzt schnell solide Wärmepläne entstehen, ist es noch möglich, den Gebäudesektor bis 2040 klimaneutral umzubauen. Daraus müssen im zweiten Schritt Maßnahmen und Projekte abgeleitet und konsequent umgesetzt werden.

Mit dieser Handreichung wollen wir Empfehlungen geben, wie Sie vor Ort mit der kommunalen Wärmeplanung umgehen können.

Zusammenhänge und Erfolgsfaktoren für die Wärmeplanung der Kommunen

Um die Wärmewende zum Erfolg werden zu lassen, ist es für Kommunen zentral, über die gesetzlichen Regelungen hinauszugehen und auch die Umsetzung der Planungen zügig anzugehen. Dabei geht es insbesondere darum, nicht einzelne technische Anlagenteile isoliert zu betrachten, sondern das Gesamtsystem inklusive seiner ökologischen und sozialen Folgen in den Blick zu nehmen. In der folgenden Sammlung sind die aus Sicht des BUND wichtigsten Punkte aufgeführt.

1. Die Wärmewende erfordert zum Teil tiefgreifende Änderungen in nahezu allen Gebäude- und Wärme-Infrastrukturen. Ohne eine intensive und frühe **Einbindung der lokalen Betriebe und der Bevölkerung** wird eine Umsetzung der Wärmeplanung deshalb kaum gelingen.
2. Die lokalen, **verbrauchsnahe erneuerbaren Strom- und Wärmeenergiequellen** sind vorrangig zu nutzen. Dabei müssen auch lokale Abwärmequellen berücksichtigt werden. Wenn es nicht möglich sein sollte, die notwendige Energie lokal bereitzustellen, sollte unbedingt betrachtet werden, woher welche Energieträger kommen und welche ökologischen und sozialen Folgen dies hat.
3. Die Wärmewende gelingt nur mit **energetischer Gebäudesanierung** und Neubauten mit hohem Energiestandard. Nur wenn der Wärmeenergiebedarf im Gebäudesektor drastisch gesenkt wird, kann der Rest klimaneutral gedeckt werden.
4. Im selben Schritt müssen sich die **Temperaturen von Heizungsanlagen und Wärmenetzen** ändern. Denn je niedriger das notwendige Temperaturniveau ist, desto geringer sind die Wärmeverluste, desto effizienter arbeiten Netz und Heizungsanlage und desto mehr Umweltwärmequellen (Wärmepumpe, oberflächennahe Geothermie & Co.) können effizient genutzt werden.
5. Auf den Bau neuer erdgasbetriebener Wärmeeinheiten sollte möglichst und auf einen weiteren Ausbau der Erdgasverteilnetze muss unbedingt verzichtet werden. Allenfalls übergangsweise kann noch **Erdgas z.B. für die Spitzenlastdeckung** eingesetzt werden. Dabei muss von Anfang an die vollständige Ablösung des Erdgases eingeplant sein.
6. Mit **Wasserstoff** aus erneuerbaren Energien kann im Wärmesektor bis zum Zieljahr 2040 voraussichtlich in ausreichender Menge nicht gerechnet werden, weil dieser in der Industrie als Ersatzbrennstoff oder Rohstoff, für den Antrieb von Flugzeugen und Schiffen und ähnliches deutlich dringender benötigt wird.
7. Auch **Biomasse und Abfall** (z.B. Stückholz, Pellets, Grünschnitt, Mais, Bioabfall aus der Haussammlung, Klärschlamm) stehen weder lokal noch global in beliebigen Mengen naturverträglich zur Verfügung. Es ist davon auszugehen, dass ihre energetische Nutzung nur minimal ausgeweitet werden kann und aufgrund des voranschreitenden Klimawandels und einer Priorisierung der stofflichen Verwertung eventuell sogar rückläufig sein wird. Zudem liefern Verbrennungsprozesse hohe Temperaturen, die z.B. in der Industrie dringender benötigt werden als zur Beheizung von Gebäuden.

8. Baugebiet für Baugebiet wird abzuwägen sein, ob eine **zentrale, dezentrale oder hauseigene Wärmeversorgung** sinnvoller ist. Faustformel: Ein Wärmenetz macht technisch und finanziell umso mehr Sinn, je dichter und älter der Gebäudebestand und seine Heizungen sind. Ist für einen Standort die optimale Versorgung über ein Wärmenetz nachgewiesen, darf ein langfristig angekündigter Anschluss- und Benutzungszwang kein Tabu sein – im Interesse des Gemeinwohls.
9. Die Ablösung der fossilen Wärmeerzeugung erfordert in vielen Fällen hohe Investitionen in eine neue Infrastruktur. Es ist eine Aufgabe der Politik, diese **Kosten gerecht zu verteilen und sozialverträglich auszugleichen**, da sonst das Bemühen um die Wärmewende auf viel Widerstand stoßen wird.
10. **Stadtwerke in kommunaler Hand** und Genossenschaften sind prädestiniert für die Erschließung erneuerbarer Wärmequellen und für den Neu- und Ausbau von Wärmenetzen, wenn bei ihnen ein geringerer Druck besteht, Gewinne zu erwirtschaften.

Unter bund-bawue.de/waermeverzeichnis finden Sie Einschätzungen zu Technologien, Energieträgern und Funktionsprinzipien der Kommunalen Wärmeplanung inkl. einer pauschalen Bewertung von erneuerbaren Wärmequellen.

Was kann ich vor Ort tun?

In den 103 Gemeinden, die zur Wärmeplanung verpflichtet sind, sind die Verwaltungen am Zuge. Sie müssen die Randbedingungen für die Planung auf ihrem Gebiet präzisieren und entscheiden, ob sie sich in der Lage sehen, die Planung selbst zu erstellen oder ob sie an ein Planungsbüro vergeben werden muss. Die erste Hürde ist in diesem Fall, ob die Verwaltung das Thema von sich aus angeht oder ob sie erst durch den Gemeinderat aufgefordert werden muss. Zweite Hürde ist die Qualität der Ausschreibung, d.h. sieht die Gemeinde die Wärmeplanung nur als Pflichtaufgabe und versucht, mit geringstem Aufwand die Anforderungen zu erfüllen oder werden ambitionierte Ziele definiert und wird es erkennbar, dass die Planungen später nicht in der Schublade landen werden?

Auch Gemeinden, die nicht zur Wärmeplanung verpflichtet sind, sollten unbedingt Wärmepläne erstellen. Hier ist Eigeninitiative in Verwaltung und Gemeinderat notwendig, um zum Erfolg zu kommen.

In beiden Fällen gilt: Fragen Sie nach! Schreiben Sie eine oder mehrere Gemeinderatsfraktionen an und erkundigen Sie sich nach Zeitplänen, Ansprechpersonen, Ideen zur Beteiligung der Bevölkerung und eventuellen Ausschreibungen. Lassen Sie sich nicht verträsten! Dadurch, dass sich die Klimakrise und die politischen Klimaschutzziele immer weiter verschärfen, ist jetzt jede Gemeinde gefragt.

Unter bund-bawue.de/waermeschreiben finden Sie Musterschreiben und weitere Aktionsmöglichkeiten.

Wo finde ich kompetente Beratung zur Wärmeplanung inkl. Fördermöglichkeiten?

Die [Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg \(KEA\)](#) ist die wichtigste Anlaufstelle für Kommunen und Vertreter*innen kommunaler Gremien. Die KEA besitzt einen guten Überblick über Fragen der Wärmeplanung und der Realisierung der Wärmewende inkl. aktueller und geplanter Förderprogramme, über die sich Kommunen einzelne Maßnahmen bei Planung und Umsetzung teilweise mit bis zu 65 % finanzieren lassen können.

Auch Gemeinden, die gesetzlich nicht zur Wärmeplanung verpflichtet sind, können Fördermittel bekommen.

Welche guten Beispiele gibt es bereits?

Komplett durchdachte und realisierte klimaneutrale Lösungen für die Wärmebereitstellung ganzer Städte oder Stadtbezirke sind noch nicht verfügbar. Jedoch gibt es bereits überzeugende Initiativen in dieser Richtung auch in Baden-Württemberg.

Tübingen hat ein ambitioniertes Klimaschutzprogramm aufgelegt, das das Ziel verfolgt, die Stadt bis 2030 klimaneutral zu machen. Unter tuebingen.de/klimaneutral2030 finden Sie eine umfangreiche Broschüre mit vielen Einzelmaßnahmen und viele weitere Dokumente – auch zum Beteiligungsprozess.

Das **Kohlekraftwerk Mannheim** steht für etwa zehn Prozent der baden-württembergischen Treibhausgasemissionen. Grund genug für das Umweltforum Mannheim, Heidelberg kohlefrei und den BUND mit Unterstützung des Fraunhofer Instituts für Energiewirtschaft und Energiesystemtechnik ein eigenes [Konzept für eine klimaverträgliche Fernwärme in der Region Mannheim/Heidelberg im Jahr 2030](#) zu erstellen. Es liefert gute Argumente, mit denen die Aktiven vor Ort die politische Debatte stark beeinflussen.

Die **Stadtwerke Sindelfingen** arbeiten schon seit Jahren konsequent am Ausbau ihres Wärmenetzes. Auch wenn sie immer noch viel fossile Energie im System haben, wird in ihrer Broschüre [Fernwärme in Sindelfingen](#) deutlich, wie viele unterschiedliche Wärmequellen heute schon eingebunden werden können und wie eine Stadt mit ihrem Stadtwerk trotz widriger Umstände konsequent vorangehen kann.

Was muss sich landes- oder bundespolitisch verändern?

Die **Landesregierung** hat zahlreiche Stellschrauben, an denen sie im Rahmen der nächsten Überarbeitung des baden-württembergischen Klimaschutzgesetzes drehen kann.

Zentrale Punkte sind

- die Ausweitung der verpflichtenden Wärmeplanung auf alle Gemeinden im Land,
- die Ergänzung der Wärmeplanungen durch verpflichtende Umsetzungsplanungen,

- Prüfung und Abgleich der einzelnen kommunalen Planungen mit den Wärmeplanungen und Klimaschutzkonzepten des jeweiligen Landkreises und der Nachbargemeinden,
- die Regelung von Beteiligungsverfahren für eine transparente, offene Wärmeplanung mit Mitwirkungsmöglichkeit der Bevölkerung,
- die Verpflichtung von Fernwärmeunternehmen, eigene Planungen zu erarbeiten und diese mit den betroffenen Gemeinden abzustimmen,
- ein grundsätzliches Verbot, neue Erdgas-Heizkessel einzubauen,
- die Befähigung von Gemeinden, neue Erdgasnetze aus Klimaschutzgründen abzulehnen und
- die Definition von Wärmenetzen als öffentliche Versorgungseinrichtungen.

Detailliert ausgearbeitet finden Sie diese Punkte im [BUND-Konzept für das Klimaschutzgesetz](#).

Auch auf Bundesebene gibt es zahlreiche Möglichkeiten, die Wärmewende voranzubringen. Sehr gut zusammengefasst finden Sie diese in der Studie [Was Erdgas wirklich kostet: Roadmap für den fossilen Gasausstieg im Wärmesektor](#) des Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft. Die Studie gliedert die Instrumente in preisliche, ordnungsrechtliche und planerische Möglichkeiten, die Wärmewende voranzubringen.